

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

Wochenbericht

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

13. Jahrgang Berlin, den 3. September 1940 Nummer 22/24

Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

Der Zusammenbruch der britischen „Wirtschaftsoffensive“
in Südosteuropa

In unmittelbarer Folge der seit dem 10. Mai d. J. im Westen und im Mittelmeer eingetretenen politischen und militärischen Ereignisse ist die von den Briten mit wirtschaftlichen Kampfmitteln im Südosten unternommene Blockierung Deutschlands vollständig zusammengebrochen. Damit wurde der seit 1936 betriebenen „britischen Wirtschaftsoffensive auf dem Balkan“, als deren Krönung diese blockadepolitischen Wirtschaftsmaßnahmen anzusehen waren, ein Ende gesetzt.

Nach ihren politischen Beweggründen und Zielen heben sich drei Phasen der britischen Wirtschaftsoffensive in Südosteuropa deutlich voneinander ab.

Erste Phase: Sanktionen gegen Italien

In der ersten Phase richtete sich der wirtschaftspolitische Kampf gegen Italien. Er begann um die Jahreswende 1935/36 in Verbindung mit den wirtschaftlichen Sanktionen des Völkerbundes, die in der Zeit vom November 1935 bis zum Juli 1936 durchgeführt wurden. Damals hat Großbritannien den fünf an den Sanktionen teilnehmenden Südostländern (Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Türkei und Griechenland) angeboten, sie durch vermehrte eigene Käufe für die ihnen im Italienhandel entstehenden Einbußen schadlos zu halten, und zwar einmal, um sie auf diese Weise an die Völkerbundspolitik zu fesseln, zum andern aus empirepolitischen Beweggründen. Solange Italien der traditionelle Freund Englands im Mittelmeer war, hatten die Briten keinen Anlaß, den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Italiens in Südosteuropa zurückzudrängen. Als Italien aber im Kampf um Abessinien das Kielwasser der britischen Politik verließ und die Vormachtstellung im Mittelmeergebiet zu beanspruchen begann, versuchte die britische Politik sofort, das im Rücken Italiens gelegene Südosteuropa mit seinen ausgedehnten Mittelmeerküsten für die Flankendeckung des

Seewegs nach Indien einzuspannen¹⁾. Wirtschaftlich konzentrierte sich dabei die britische Interessenpolitik im wesentlichen auf Jugoslawien und die Türkei. Nach dem Fall der Meerengenklausel in den Vereinbarungen von Montreux (20. 7. 1936) sicherten sich die Briten gegen das deutsche Angebot von Krupp den Auftrag der Befestigung der Dardanellen, und im gleichen Jahr kam auch der Lieferungsvertrag zur Errichtung der staatlichen Stahlwerke in Karabük (ein Objekt von 3 Mill. £), wiederum gegen Krupp, mit der englischen Firma Brassert & Co., Ltd. zustande.

Jugoslawien war den Briten wegen seiner Adriaküste politisch-strategisch wichtig²⁾. Außer-

Die jugoslawische Ausfuhr von Bauholz nach Großbritannien und Italien

Ausfuhr nach:	1935		1936		1937		1938	
	Mill. Dinar	v. H.	Mill. Dinar	v. H.	Mill. Dinar	v. H.	Mill. Dinar	v. H.
Italien	371,0	88,9	37,3	28,8	229,2	56,0	169,7	63,9
Großbritannien ..	46,4	11,1	92,3	71,2	180,3	44,0	95,7	36,1
Nach beiden Ländern zusammen	417,4	100,0	129,6	100,0	409,5	100,0	265,4	100,0

dem hatte unter den Südostländern vor allem Jugoslawien nennenswerte Mengen von Waren, die unter die Sanktionen fielen, an Italien geliefert.

¹⁾ Vgl. hierzu auch Böttner, Helmut: „England greift nach Südosteuropa“, Wien und Leipzig 1939, S. 8. 9, 10, 98, 99.

²⁾ Jugoslawien trat im Januar 1936 den gegen Italien gerichteten Mittelmeerpakten bei.

Dies galt in erster Linie für Bauholz. Es gelang in der Sanktionszeit, direkte Verbindungen zwischen jugoslawischen Holzausfuhr- und englischen Holzeinfuhrfirmen herzustellen. Die Ausfuhrzahlen zeigen einen Anstieg der englischen Käufe von 46,4 Mill. Dinar (44 300 t) im Jahr 1935 auf 92,3 Mill. Dinar (96 700 t) in 1936 und auf 180,3 Mill. Dinar (186 500 t) in 1937. Allerdings gelang eine wirksame Verdrängung Italiens nur im Sanktionsjahr 1936, in welchem sich Großbritannien und Italien im Verhältnis 71:29 in ihre — im ganzen allerdings wesentlich kleineren — Bezüge teilten. Dieses Verhältnis verwandelte sich in 44:56, als 1937 Italien wieder als Käufer auftrat. 1938 sanken die britischen Käufe auch absolut wieder auf nur 87 100 t im Werte von 95,7 Mill. Dinar. Der britische Anteil an der jugoslawischen Gesamtausfuhr von Bau- und Nutzholz stieg von 18,4 v. H. (1936) auf 19,8 v. H. (1937) und sank 1938 auf 13,6 v. H. (vgl. Übersicht S. 108).

Bei dieser britischen Initiative auf dem jugoslawischen Holzmarkt ist es in der ersten Phase im wesentlichen geblieben. Die stärkere Beteiligung Großbritanniens an der jugoslawischen Hanfausfuhr seit 1937 ist zwar nicht unmittelbar auf die Sanktionen zurückzuführen — Hanf stand nicht auf der Sanktionenliste —, hängt aber (neben konjunkturellen Gründen) insofern mit der anti-italienischen Neuorientierung der britischen Mittelmeerpolitik zusammen, als Italien und Jugoslawien die einzigen Weichhanferzeuger der Welt sind und die Briten seit 1936 ihre Abhängigkeit von der italienischen Erzeugung zu beseitigen trachteten. Erdöl, das Italien in beträchtlichen Mengen von Rumänien bezog, wurde bekanntlich — vor allem unter dem Druck der Welterdölkonzerne — nicht in das Embargo einbezogen, so daß hier eine handelspolitische Intervention britischerseits nicht erforderlich wurde. In den übrigen Waren aber hatten die Südostländer angesichts der meist nicht sehr erheblichen italienischen Käufe der Vorsanktionszeit weder große Ausfälle noch nennenswerte Absatzschwierigkeiten, zumal Deutschland bereit war, alle zusätzlich verfügbaren Mengen aufzunehmen.

Zweite Phase: „Wirtschaftsoffensive“ gegen Deutschland

Die zweite Phase der britischen Wirtschaftsoffensive umfaßt die Zeit vom Frühjahr 1938 bis zum August 1939. Zu ihren Methoden gehörten in diesem Abschnitt vor allem Anleihegewährungen und Anleiheangebote, spontane Großkäufe zu Kriegsvorratz Zwecken, handelspolitische Sonderabmachungen, Gründung zwischenstaatlicher Handelskammern, Wirtschafts- und Kulturpropaganda. Alle diese Aktionen ließen das seit 1937 in den Mittelpunkt rückende¹⁾ Motiv, ein „Gegengewicht gegen die deutsche Wirtschaftsexpansion und den wachsenden politischen Einfluß Deutschlands auf dem Balkan und im Nahen Osten“ zu schaffen, bereits mehr oder weniger unverhüllt erkennen.

¹⁾ Vgl. hierzu: Report on International Trade. A survey of problems affecting the expansion of international trade, with proposals for the development of British commercial policy and export mechanism, by P. E. P., London, May 1937, S. 226ff.

Türken-Kredite

Der konkrete Auftakt und zugleich das wirtschaftlich ernsthafteste Unternehmen der ganzen Phase waren die türkisch-englischen Kreditverträge vom 21. Mai 1938, die am 1. Juli 1938 in Kraft traten und deren Abschluß durch die Stimmungsmache deutschfeindlicher Kreise nach der im März 1938 erfolgten Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Reich beschleunigt worden war. (Die türkischen Unterhändler befanden sich bereits seit Januar in London.) Nach den Worten der Londoner *Times* vom 20. Mai 1938 hatten die Verträge den Zweck, dazu beizutragen, „daß die Türkei weniger ausschließlich auf deutsche Käufe und Zahlungen angewiesen ist, als sie es in letzter Zeit Gefahr lief zu werden“. In den Abmachungen gewährte Großbritannien der Türkei einen Warenkredit von 10 Mill. £ und eine Rüstungsanleihe von 6 Mill. £. Für die 10 Mill. £ übernahm es die Türkei, bis Ende 1940 in Großbritannien Waren britischer Herkunft (vor allem Investitionsgüter für die Entwicklung der Industrie und des Chrom-, Kupfer- und Kohlenbergbaus, ferner Hafenanlagen und 28 Handelsschiffe) zu kaufen. Als Bezahlung erhielten die englischen Lieferanten mit einer zehnjährigen Laufzeit ausgestattete 5½%ige türkische Schatzanweisungen, die das britische *Export Credits Guarantee Department* garantierte. Eine gleichzeitig gegründete *Anglo-Turkish Commodities Ltd.* wurde beauftragt, türkische Waren laufend auf dem britischen Markt und anderen Freidevisenmärkten mit der Auflage abzusetzen, die von ihr erzielten Überschüsse in einen Fonds zur späteren Tilgung der Schatzanweisungen einzuzahlen. Für den Rüstungskredit kauften die Türken Waffen, Munition und Kriegsschiffe in England. Gemessen an den Proportionen der türkischen Volkswirtschaft waren diese Mittel riesig. 1938 stieg die Einfuhr aus Großbritannien so an, daß sie für das ganze Jahr dem Werte nach mehr als das Zweifache von 1937 betrug (vgl. Übersicht S. 101). Dieser Steigerung stand indessen keineswegs eine entsprechende britische Initiative hinsichtlich der Abnahme türkischer Waren gegenüber. Von 1937 bis 1938 gingen die britischen Bezüge wertmäßig um rd. 50 v. H. zurück, was nur zum Teil auf den Rückgang der Weltmarktpreise zurückzuführen ist. Auch 1939 erreichte die türkische Ausfuhr nach Großbritannien den Stand von 1937 nicht wieder, während die Einfuhr aus Großbritannien infolge der Lieferschwierigkeiten der britischen Industrie von der Höhe des 1938er Kredit-Boom's fast genau auf das Niveau von 1937 sank.

Mais-Großkauf in Jugoslawien

In die Zeit der Vorbereitung der Türkenverträge fällt der erste der spontanen britischen Großkäufe. Es handelte sich um rd. 200 000 t Mais aus Jugoslawien, die zum größten Teil innerhalb eines Monats — April 1938 — nach Großbritannien verschifft wurden. Dadurch erhöhte sich 1938 die jugoslawische Maisausfuhr nach Großbritannien gegenüber 1937 um das Neunzehnfache. Stimuliert wurde dieses einmalige Geschäft — genau wie die türkische Aktion — von der auf Grund des Ostmarkanschlusses betriebenen deutschfeindlichen Stimmungsmache. Außerdem lag im April 1938 der Weltmarktpreis für Mais nicht niedriger als der jugoslawische.

Anleihe an Griechenland

Nach dem Bekanntwerden der Türkenverträge ließen die Briten auch bei den anderen Südostländern durchblicken, daß sie weiteren Anleihen nicht abgeneigt seien. Doch ist es nur noch im Fall Rumäniens und Griechenlands zum Abschluß

die italienische Besetzung Albaniens (April 1939) beschleunigt worden. Die vereinbarte Summe war unbedeutend; sie entsprach ungefähr dem zwölften Teil einer jährlichen griechischen Gesamteinfuhr (im Durchschnitt der vorangegangenen Jahre).

Bemühungen um Rumänien

Auch bei Rumänien dauerte es bis zum Abschluß des Kreditvertrages noch genau ein Jahr,

Der Außenhandel Großbritanniens mit Südosteuropa

Land	Jahr	In 1 000 £			In v. H. der Gesamtein- bzw. -ausfuhr Großbritanniens	
		Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr- (+) übersch. Großbritanniens	Einfuhr	Ausfuhr
Ungarn ...	1933	1 427	278	-1 149	0,2	0,1
	1934	1 351	500	- 851	0,2	0,1
	1935	1 796	436	-1 360	0,3	0,1
	1936	2 152	414	-1 738	0,3	0,1
	1937	2 305	501	-1 804	0,2	0,1
	1938	2 388	593	-1 795	0,3	0,1
Jugoslawien	1933	586	600	+ 14	0,1	0,2
	1934	832	824	- 8	0,1	0,2
	1935	1 167	928	- 239	0,2	0,2
	1936	1 810	885	- 925	0,2	0,2
	1937	2 445	1 002	-1 443	0,3	0,2
	1938	2 331	1 235	-1 096	0,3	0,3
Rumänien.	1933	4 103	2 385	-1 718	0,7	0,6
	1934	3 340	2 679	- 661	0,5	0,7
	1935	3 165	1 213	-1 952	0,5	0,3
	1936	6 188	1 120	-5 068	0,8	0,3
	1937	4 488	1 814	-2 674	0,5	0,3
	1938	3 773	1 343	-2 430	0,4	0,3
Bulgarien .	1933	68	268	+ 200	0,0	0,1
	1934	88	268	+ 180	0,0	0,1
	1935	369	199	- 170	0,1	0,0
	1936	806	212	- 594	0,1	0,0
	1937	1 034	268	- 766	0,1	0,1
	1938	496	321	- 175	0,1	0,1
Griechenland	1933	2 200	1 958	- 242	0,4	0,5
	1934	2 047	2 682	+ 635	0,3	0,7
	1935	1 813	2 924	+1 111	0,3	0,7
	1936	1 857	3 322	+1 465	0,2	0,8
	1937	1 901	2 946	+1 045	0,2	0,6
	1938	1 861	3 752	+1 891	0,2	0,8
Türkei ...	1933	1 086	1 459	+ 373	0,2	0,4
	1934	808	1 172	+ 304	0,1	0,3
	1935	965	1 021	+ 56	0,1	0,2
	1936	1 276	948	- 328	0,2	0,2
	1937	1 588	1 543	- 45	0,2	0,3
	1938	936	2 476	+1 540	0,1	0,5
Südosteuropa ..	1933	9 470	6 948	-2 522	1,5	1,9
	1934	8 526	8 125	- 401	1,3	2,1
	1935	9 275	6 721	-2 554	1,3	1,6
	1936	14 089	6 901	-7 188	1,8	1,6
	1937	13 771	8 074	-5 697	1,4	1,5
	1938	11 785	9 720	-2 065	1,4	2,1

von Kreditabkommen gekommen. Jugoslawien und Ungarn lehnten die britischen Angebote ab, mit Bulgarien verliefen die Verhandlungen ergebnislos¹⁾. Griechenland erhielt Anfang Mai 1939 einen vom *Export Credits Guarantee Department* garantierten, zwanzig Jahre laufenden Kredit von 2 Mill. £ (= 1,1 Mrd. Drachmen) zum Ankauf von Rüstungsmaterial, das im Zeitpunkt der Gewährung des Kredits bereits britischen Firmen in Auftrag gegeben und bis zum 31. Mai 1940 zu liefern war. Die Verhandlungen hatten sich sehr lange hingezogen, waren schließlich aber durch

¹⁾ Bulgarien erhielt im August 1938 eine 5½%ige Anleihe von Frankreich (*Banque de Paris et des Pays-Bas, Banque Lazare-Frères & Cie. und Banque Dreyfuss & Cie.*) in Höhe von 375 Mill. francs, die nur für Warenkäufe in Frankreich verwandt werden durfte.

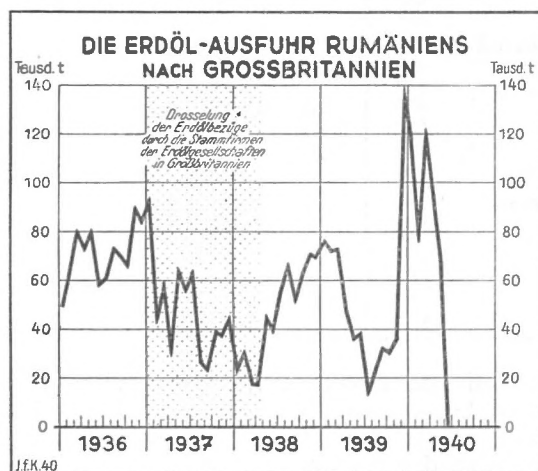
Der Außenhandel Südosteuropas mit Großbritannien

Land	Jahr	Einheit	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr- (+) übersch. im Verkehr mit Großbritannien
Ungarn ...	1933	Mill. Pengö	13,6	31,3	+ 17,7
	1934		18,3	30,7	+ 12,4
	1935		21,4	37,9	+ 16,5
	1936		22,2	44,0	+ 21,8
	1937		25,4	42,4	+ 17,0
	1938		25,7	42,2	+ 16,5
Jugoslawien	1933	Mill. Dinar	280	90	- 190
	1934		331	180	- 151
	1935		373	212	- 161
	1936		347	432	+ 85
	1937		409	465	+ 56
	1938		431	485	+ 54
Rumänien.	1933	Mill. Lei	242	367	+ 125
	1934		1 444	2 182	+ 738
	1935		2 147	1 368	- 779
	1936		1 064	1 615	+ 551
	1937		929	3 132	+ 2 203
	1938		1 907	2 783	+ 876
Bulgarien .	1933	Mill. Lewa	1 529	2 386	+ 857
	1934		1 342	3 768	+ 2 426
	1935		152	50	- 102
	1936		143	53	- 90
	1937		141	142	+ 1
	1938		146	453	+ 307
Griechenland	1933	Mill. Drachmen	233	695	+ 462
	1934		348	267	- 81
	1935		144	188	+ 44
	1936		1 209	973	- 236
	1937		1 470	952	- 518
	1938		1 658	897	- 761
Türkei ...	1933	Mill. Ltq.	1 927	899	- 1 028
	1934		1 668	922	- 746
	1935		1 926	843	- 1 083
	1936		1 479	1 259	- 220
	1937		10,1	8,6	- 1,5
	1938		8,6	5,3	- 3,3
Südosteuropa ..	1933	Mill. Ltq.	8,7	6,2	- 2,5
	1934		6,1	6,4	+ 0,3
	1935		7,1	9,8	+ 2,7
	1936		16,8	4,9	- 11,9
	1937		7,4	7,3	- 0,1
	1938		7,4	7,3	- 0,1

obgleich die britisch-rumänischen Wirtschaftsbesprechungen seit Juni 1938 nicht mehr abritten. Mitte Juni 1938 verhandelte der Vizepräsident des rumänischen Kronrates, der ehemalige Ministerpräsident *Tatarescu*, in London, und Anfang August kam *Sir Robert Lee* als Vertreter des *Board of Trade* nach Bukarest. Während der Sudetenkrise im Herbst 1938 arbeiteten einige Mitglieder der Mission *Runciman* in der rumänischen Hauptstadt. Ende September 1938 verhandelte *Robert Boothby* als Direktor der *Industrial Facilities Corp. Ltd.*, die für das *Export Credits Guarantee Department* an den Russenkredit, dem polnischen Westinghousekredit und den Türkenverträgen beteiligt war, in Genf mit rumänischen, jugoslawischen und bulgarischen Vertretern, und Mitte November 1938 begab sich *König Carol* zu einem Staatsbesuch nach London,

wohin einige Tage vorher der Präsident des Obersten Rumänischen Wirtschaftsrates *Argetoianu* abgereist war, um insbesondere die Fragen der Erdölwirtschaft mit den interessierten englischen Stellen zu erörtern. Anfang 1939 war *Lord Sempill* als Repräsentant der englischen Produktionsmittelindustrie in Bukarest, und im April 1939 begab sich — als Antwort auf den am 23. März 1939 zustande gekommenen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag (sog. *Wohlthat-Vertrag*) — unter Führung von *Sir Frederic Leith-Ross* die britische Wirtschaftskommission nach Rumänien, die dann am 11. Mai 1939 den Handels- und Kreditvertrag zustande brachte.

Eine der Hauptschwierigkeiten bei den britisch-rumänischen Verhandlungen lag darin, daß die unter Führung der *Astra Romana* (*Royal Dutch Shell-Gruppe*) stehenden, mit britischem Kapital arbeitenden rumänischen Erdölgesellschaften eine Art „Privatkrieg“ gegen den rumänischen Staat führten, der einer Ausdehnung der gegenseitigen Handelsbeziehungen diametral entgegenlief. Die Politik der rumänischen Regierung ging dahin, die Einwirkungen des Auslandskapitals mit den Interessen der rumänischen Politik in Einklang zu bringen. Ihren Niederschlag fand diese Politik in der am 20. März 1937 vom Parlament angenommenen Berggesetznovelle. Die britisch-rumänischen Erdölgesellschaften beantworteten dieses Vorgehen der Regierung damit, daß sie die Produktion drosselten, während die Stammfirmen in Großbritannien die britischen Erdölimporte aus Rumänien einschränkten. So sanken die monatlichen Erdölausfuhren nach Großbritannien von ihrem Höchststand von 94175 t im Januar 1937 auf einen tiefsten Stand von nur 17050 t im April 1938. Da rund die Hälfte der



rumänischen Gesamtausfuhr nach Großbritannien aus Erdöl bestand, bedeutete dies für die rumänische Devisenbilanz einen empfindlichen Ausfall, zumal diese Ausfuhr die hauptsächlichste Quelle für Freidevisen bildete. Die Gesellschaften gaben der rumänischen Regierung zu verstehen, daß sie die Bezüge nur wieder erhöhen würden, wenn die Berggesetzgebung in ihrem Sinne revidiert würde. Die Gesellschaften verlangten ferner das Recht, einen Teil des Freidevisenerlöses ihrer Ausfuhren beliebig verwenden zu können. Der den Rumänien zufließende Devisenerlös sollte also — um den Preis einer Wiederausdehnung der

Erdölbezüge — relativ vermindert werden; und dies angesichts der Tatsache, daß daneben bereits ein Teil des Erlöses der rumänischen Ausfuhr nach Großbritannien vertraglich zum Zinsen- und Tilgungsdienst der britischen Altanleihen verwandt wurde.

Abgesehen von allen übrigen, z. B. preislichen und devisentechnischen¹⁾ Schwierigkeiten waren unter solchen Umständen einer Ausdehnung der rumänischen Käufe britischer Waren, die Rumänien allein aus den Erlösen seiner nach Großbritannien und anderen Freidevisenländern gerichteten Ausfuhr bezahlen konnte, sehr enge Grenzen gesetzt. Dem politisch propagierten Interesse der britischen Handelspolitik hätte es entsprochen, die Erdölgesellschaften zu einer Erhöhung der Erdölausfuhr bei gleichzeitigem — eventuell vorübergehendem — Verzicht auf die teilweise freie Verfügung über die Devisenerlöse zu bewegen. Ein solcher Verzicht hätte die Gesellschaften zur Reinvestition ihrer Gewinne in rumänische Anlagen veranlaßt, die Kaufkraft Rumäniens für britische Waren erhöht und gleichzeitig die nationalwirtschaftliche Unabhängigkeit Rumäniens selbst in dem von den Briten verstandenen deutschfeindlichen Sinne verstärkt. Die britische Handelspolitik hat jedoch — genau wie im Abessinienkonflikt — nicht nur keinen Versuch unternommen, sich gegen die Erdölinteressen durchzusetzen; sie hat sich im Gegenteil zum Instrument dieser Interessen gemacht. So wurde im April 1938 die rumänische Nationalbank genötigt, die Gesellschaften zu ermächtigen, eine Quote von 20 v. H. des Gesamtwertes der Erlöse an freien Devisen einzubehalten und beliebig für den eigenen Devisenbedarf zu verwenden. Diese Quote erhöhte sich bis zu 25 v. H., wenn die Ausfuhren gegenüber den Monaten der Drosselung um mindestens 10 v. H. erhöht wurden.

Grundsätzlich erklärten sich die Gesellschaften, die daraufhin ihre Bezüge ab Mai 1938 wieder auszuweiten begannen, mit der Regelung jedoch noch keineswegs zufrieden. Als Ergebnis der Verhandlungen *Tatarescus* und *Argetoianu* mußte die rumänische Regierung den britischen und nichtbritischen ausländischen Gesellschaften generell gestatten, bei Neugründungen oder Erweiterungen ihrer Unternehmungen bis zu 30 v. H. ihres Produktionswertes in Form von Zinsen, Dividenden, Amortisationen usw. nach dem Ausland zu überweisen, und im Abkommen vom 11. Mai 1939 wurde endgültig vereinbart, daß diese Quote von 30 v. H. ohne Genehmigung zur Bezahlung der zur Erdölherzeugung notwendigen Materialeinfuhren, ferner für Patente, Honorare, Dividenden, Reisespesen, Zinsen usw. verwandt werden durfte, und zwar nicht nur in England, sondern auch in jedem anderen Freidevisenland. Mit Genehmigung konnte die Quote auch für Kapitalanlagen im Ausland nutzbar gemacht werden, sofern diese Anlagen die rumänische Ausfuhr zu fördern geeignet waren. Mit diesen Abmachungen demonstrierte das britische Kapital seine Abneigung, sich — und sei es auch nur für eine Reihe von Jahren — in ähnlicher Weise mit dem Schicksal der wirtschaft-

¹⁾ Der rumänische Importeur war schon damals — und stärker noch in der Folgezeit — zum Teil auf den Erwerb sog. freihandelbarer Pfunde angewiesen, deren Leikurs von der Spekulation und von der Nachfrage aus Kapitalfluchtkreisen weit über die offizielle Notierung hinaus hochgetrieben wurde.

lichen Entwicklung Rumäniens zu identifizieren, wie Deutschland dies im *Wohlthat-Vertrag* getan hatte. Und dennoch fand diese Demonstration einen hervorragenden Platz in einem Handelsvertrag, der von der britischen Propaganda als Muster des neuerwachten britischen Interesses für Südosteuropa hingestellt wurde.

Während dieses Tausches um den Transfer der privatkapitalistischen Rente noch im Gange war, veranlaßte die Sudetenkrise Großbritannien zu einem weiteren Großkauf. Anfang September 1938 schloß das britische *Board of Trade* mit der rumänischen Regierung einen Fakultativvertrag auf Übernahme von 400 000 t Weizen. (1937/38 hatte Großbritannien aus Rumänien nur rund 85 000 t Weizen eingeführt.) Der „Fakultativ“-Charakter dieses Vertrages bedeutete praktisch, daß die Briten nur dann zur Abnahme verpflichtet waren, wenn im Falle der Entwicklung der Sudetenkrise zu einem bewaffneten britischen Konflikt mit Deutschland die „Gefahr“ bestand, daß diese 400 000 t nach Deutschland gelangten. Tatsächlich nahm denn auch im November 1938 das britische *Food Defence Department* nur 200 000 t ab, da der Kriegsfall nicht eingetreten war.

Am 11. Mai 1939 wurde das bereits erwähnte britisch-rumänische Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Es war von vornherein als ein Gegenstoß gegen den *Wohlthat-Vertrag* vom März 1939 gedacht, wie weniger aus den konkreten Abmachungen, die viele rumänische Wünsche offen ließen, als vielmehr aus den Rahmenvereinbarungen zu entnehmen war. Deren Wert hätte sich erst dann realisiert, wenn die Briten mit einer großangelegten Beteiligung an der Erschließung Rumäniens Ernst gemacht hätten. Sie verlangten und erhielten nämlich die gleichen Freihafenrechte an der Donau und am Schwarzen Meer zugesichert, die im *Wohlthat-Vertrag* Deutschland zugestanden worden waren, und in einer sehr weit gefaßten Meistbegünstigungsklausel wurde ausgesprochen, daß jede Begünstigung und jedes Privileg, welches Rumänien irgendeinem Lande zur Hebung seines Handelsverkehrs mit ihm künftig gewährte, auch Großbritannien gewährt werden müsse. Die erwähnten Zugeständnisse an die Erdölfirmen wurden insofern ergänzt, als das Meistbegünstigungsprinzip auch auf die Mutungs- und Bohrrechte ausgedehnt und die rumänische Regierung zur Verabschiedung eines Gesetzes verpflichtet wurde, das geeignet sein mußte, „einen neuen Aufschwung der rumänischen Erdölherzeugung zu ermöglichen“. Der nach dem Muster der Türkenverträge verabredete Warenkredit wurde ursprünglich auf 5 Mill. £, später auf 5,5 Mill. £ (= 3,6 Mrd. Lei)¹⁾ festgesetzt, wovon 1,88 Mrd. Lei für Rüstungszwecke, der Rest für öffentliche Anlagen und Straßenbauten bestimmt waren. Die britischen Lieferanten sollten mit 5%igen rumänischen Schatzanweisungen bezahlt werden, deren Verzinsung und (über 20 Jahre laufende) Tilgung vom *Export Credits Guarantee Department* garantiert wurde. Im übrigen sagten die Briten erhöhte Käufe rumänischer Waren zu. Aus der neuen Ernte sollten sie, „sofern zu Weltmarktpreisen erhältlich“, wiederum 200 000 t Weizen kaufen.

Der Londoner *Economist* kommentierte das Abkommen am 20. Mai 1939 (S. 420) treffend mit

den Worten: „Als übliches Friedensabkommen ist es großzügig. Aber wenn auch die normalen handelspolitischen Erwägungen nicht gänzlich außer Ansatz gelassen werden sollen, so wurde doch nie behauptet, daß es sich bei der Entsendung der britischen Handelskommission bzw. beim Abschluß des Abkommens um eine übliche Friedensangelegenheit ohne politischen Inhalt gehandelt hätte. Sieht man das Abkommen aber als die eherne Grundlage für eine *Grand Alliance* an, so läßt sich sein Wert schwerlich erkennen. Die Anleihe ist klein — wesentlich kleiner als die der Türkei gegebene —, und sie kann ohne Steigerung der rumänischen Ausfuhr nicht zurückgezahlt werden; das Versprechen aber, 200 000 t Weizen zu Weltmarktpreisen zu kaufen, besitzt einen fragwürdigen Wert, denn man kann rumänischen Weizen nie zu Weltmarktpreisen kaufen, solange die rumänische Regierung den Unterschied nicht daraufzahlt.“ Daß die Anleihe unzureichend war, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die durchschnittliche rumänische Gesamteinfuhr der Jahre 1937 bis 1939 rund 20,6 Mrd. Lei betrug, die britische Anleihe also nur den Gegenwert eines Sechstels einer rumänischen Jahreseinfuhr repräsentierte. Da der drei Monate später ausbrechende Krieg die britische Stellung gegenüber den Südostländern wesentlich veränderte, ist eine Bewährungsprobe des Abkommens nicht zustande gekommen.

Wirtschafts- und Kulturpropaganda

Von den geschilderten handels- und finanzpolitischen Aktionen abgesehen, sind während der zweiten Phase weitere ins Gewicht fallende Offensivmaßnahmen wirtschaftlicher Art nicht erfolgt. Die „Offensive“ beschränkte sich im übrigen auf die Einrichtung bzw. Erweiterung von Institutionen, die den Handel allgemein fördern sollten, auf die Entsendung von wirtschaftlichen Studienkommissionen nach dem Südosten und auf den Einsatz von wirtschafts- und kulturpropagandistischen Mitteln. Die britische Regierung verstärkte den wirtschaftspolitischen Stab ihrer diplomatischen Vertretungen in den Südostländern und legte den Südostregierungen nahe, das gleiche bei ihren Londoner Missionen zu tun. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Gründung einer englisch-südslawischen Handelskammer in Agram (Zagreb), die am 27. Oktober 1938 eröffnet wurde, und die Organisation eines britisch-rumänischen Austauschs junger Kaufleute. Neben dem Strom britischer Ingenieure und Sachverständiger, der sich in die türkischen Bergbau- und Schwerindustriegebiete ergoß, sowie der britischen Südslawien-Enquête, die unter Führung des Vertrauensmannes der Londoner Handelskammer, W. V. Stevens, stand, verdient vor allem die Arbeit des *Royal Institute of International Affairs* Beachtung, die im April 1939 als Spezialmemorandum in Buchform erschien¹⁾. Auch diese maßvoll urteilende Arbeit konnte den Eindruck nicht verwischen, der sich — mit Ausnahme der praktischen Initiative in der Türkei — bei allen diesen „Studienreisen“ dem unbefangenen Beurteiler aufdrängte: daß

¹⁾ South-Eastern Europe. A Political and Economic Survey by the Royal Institute of International Affairs. Special Memorandum No. 48, London 1939.

¹⁾ Bei einem amtlichen Londoner Kurs von 660 Lei für 1 £.

sie nämlich wesentlich stärker im Solde einer das deutsche Vorgehen beobachtenden Wirtschaftsspionage als im Dienst einer konstruktiven britischen Wirtschaftsinitiative standen. Die gleiche Haltung kennzeichnet im übrigen auch die im Frühjahr 1938 auf breiter Grundlage begonnene Wirtschaftspröpaganda, deren Argumente wesentlich stärker antideutsch als pro-britisch waren und die, während sie die auf Verrechnungsverkehr und Gegenseitigkeitsprinzip aufgebauten deutschen Handelsmethoden verdammt, kaum jemals ernsthaft eine systematische Absatzwerbung für britische Waren betrieben hat. Ihre Mittel (vor allem halbpolitische Wirtschaftsliteratur, Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkmeldungen in den Landessprachen) wurden hauptsächlich von London aus eingesetzt. Der in den Südostländern an Ort und Stelle ausgeübte Einfluß, der organisatorisch in den Händen des *British Council* lag, hatte mehr kulturpropagandistischen Charakter.

Der Mißerfolg der zweiten Phase

Das Ziel, das der „Offensive“ gesteckt war, hat sie auch in dieser zweiten Phase nicht erreicht. Ihre Aufgabe sollte es *ex officio* sein, den deutschen Einfluß in Südosteuropa zurückzudrängen. Sie sollte nicht nur verhindern, daß sich der deutsch-südosteuropäische Handel weiter ausdehnte, sondern auch dafür sorgen, daß er sich zugunsten einer entsprechenden Erweiterung des britischen verringerte. Beides mißlang. Der großdeutsche Anteil an der Gesamtausfuhr von Südosteuropa (Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Türkei) stieg in den drei Jahren von 1937 bis 1939 von 26,1 v. H. auf 40,2 v. H., während in der gleichen Zeit der britische Anteil von 8,8 v. H. auf 8,4 v. H. zurückging. Ebenso stieg der großdeutsche Anteil an der südosteuropäischen Gesamteinfuhr von 32,6 v. H. im Jahr 1937 auf 45,6 v. H. im Jahr 1939, während in derselben Zeit der britische Anteil von 7,8 auf 6,2 v. H. sank. Die Ziffern für die einzelnen Länder weichen von diesen Globalziffern nur geringfügig ab; in keinem Fall wird die Tendenz der unbehinderten Zunahme der deutschen Anteile durchbrochen. Die Zahlenübersicht läßt vor allem auch erkennen, daß der britische Anteil an der Gesamteinfuhr der einzelnen Südostländer im Jahr 1939 zurückgeht, obgleich die Abschnürung des seewärtigen deutschen Südosthandels die britischen Möglichkeiten auf den Südostmärkten in den Kriegsmonaten des Jahres 1939 zweifellos verbesserte.

Dritte Phase: Blockade mit wirtschaftlichen Kampfmitteln

Die dritte Phase reicht von Kriegsausbruch bis zum Zusammenbruch Frankreichs und dem Eintritt Italiens in den Krieg im Juni 1940. In ihr trat die britische „Offensive“ unter den neuen einheitlichen Aspekt der Störung der Versorgung Deutschlands mit kriegswichtigen Gütern. Mit den Mitteln der militärischen Blockade konnten die Briten dieses Ziel im Fall Südosteuropas nur sehr beschränkt erreichen. Zwar hatte sich vor dem Krieg ein beträchtlicher Teil der deutschen Einfuhr aus dem Südosten durch die Straße von

Gibraltar und über die deutschen Nordsee- und Rheinhäfen abgewickelt, doch blieben die Landwege, die Donauschiffahrtsstraße, das Schwarze Meer und die Adria während der ganzen Phase dem britischen Zugriff entzogen, so daß auf sie — abgesehen von den Verkehrsstockungen des ungewöhnlich harten Winters — mindestens der kriegswirtschaftlich wichtige Teil der bisher seegängigen Einfuhr verlagert werden konnte. Der deutsch-türkische Güteraustausch war diesen Verkehrsstörungen am stärksten ausgesetzt. Weniger schon wurde der deutsch-griechische Güterverkehr in Mitleidenschaft gezogen. Mit den übrigen Südostländern spielte sich der erhöhte Güterverkehr zu Lande rascher ein, als allgemein erwartet worden war. So konnten z. B. die bei Kriegsausbruch durch die britische Seeblockade lahmgelegten Bauxitlieferungen der dalmatinischen Gruben bereits im November 1939 auf dem Eisenbahnweg in vollem Umfang wieder aufgenommen werden.

Bereits im Spätherbst 1939 stellte sich eindeutig heraus, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Versorgung aus dem Südosten nur noch eine Frage der Kosten, aber kein grundsätzliches Problem mehr war. Die Forderung nach dem Einsatz zusätzlicher wirtschaftlicher Kampfmittel wurde infolgedessen in London immer dringlicher gestellt. „Der Wirtschaftskrieg,“ so schrieb die *Financial News* am 18. November 1939, „heißt mehr als nur Blockade. Vor allem muß der deutsche Handel mit den an Deutschland angrenzenden Ländern erstickt werden. Das ist zwar nicht durch die Seekriegsführung, aber durch eine energische wirtschaftliche Initiative in den betreffenden Staaten zu erreichen. Wir müssen uns so nachdrücklich um die Erzeugnisse dieser Länder bemühen, daß die Deutschen gezwungen werden, immer höhere Preise für ihre Einfuhr zu bezahlen, und wir müssen unsere Ausfuhrwaren so billig anbieten, daß die Deutschen Forderungen zur Bezahlung ihrer Einfuhr entweder überhaupt nicht oder nur mit Hilfe eines immensen sachlichen Ausfuhraufwands erwerben können.“

Das Zitat unterscheidet zwei Methoden des wirtschaftlichen Kampfes, die die Briten anzuwenden beabsichtigten. Die erste, „direkte“ Methode sollte die Ausfuhr kriegswichtiger Waren aus den Südostländern durch Hochtreiben der Preise und durch „Trutzkäufe“ unmittelbar verhindern; die zweite, „indirekte“ Methode sollte durch ein großzügiges Export-Dumping versuchen, die deutsche Ware aus dem Südosten zu verdrängen, so daß es Deutschland immer stärker an Gegenwerten zur Bezahlung seiner Einfuhren gefehlt hätte.

Dumping-Pläne

Weder Großbritannien noch sein Bundesgenosse Frankreich sind während des ganzen Zeitraums zur Anwendung dieser zweiten Methode gelangt. Die Hauptursache dafür war die Lieferunfähigkeit der britischen und französischen Ausfuhrindustrien, deren ungünstige Auswirkungen sich am heftigsten in dem Südostland zeigten, das sich politisch und wirtschaftspolitisch am stärksten den Westmächten angenähert hatte: in der Türkei. Noch heute leidet die türkische Volkswirtschaft unter dem Mangel an Industriewaren, insbesondere

Die wichtigsten Absatz- und Bezugsgebiete der Staaten Südosteuropas

	Bulgarien					Griechenland					Jugoslawien					Rumänien				
	1933	1935	1937	1938	1939	1933	1935	1937	1938	1939	1933	1935	1937	1938	1939	1933	1935	1937	1938	1939
<i>Gesamtausfuhr</i>	2 847	3 253	5 020	5 578	6 065	5 141	7 101	9 655	10 149	9 200	3 378	4 030	6 272	5 047	5 521	14 171	16 756	31 568	21 533	26 809
<i>In Mill. der Landeswährung</i>																				
<i>Bezugsgebiete:</i>																				
<i>In v. H. der Gesamtausfuhr</i>																				
Großdeutschland	45,7	52,6	47,1	58,9	67,8	19,7	31,1	32,7	40,0	27,5	35,6	33,0	35,2	42,0	31,9	17,2	29,8	26,0	26,5	32,3
Deutsches Reich	36,0	48,0	43,1	4,0	1,8	17,9	29,7	31,0	1,7	1,4	13,9	18,7	21,7	13,5	1,7	10,6	16,7	19,2	1,7	1,7
Österreich	9,7	14,6	11,5	4,6	3,3 ¹⁾	1,7	2,6	4,0	2,9	2,0	21,7	14,3	13,5	7,9	14,5	6,8	12,6	6,8	6,8	6,8
Ehemalige Tschechoslowakei	8,5	6,9	5,6	7,6	6,1	14,0	5,9	6,3	5,2	6,3	10,8	13,3	7,9	6,4	10,6	4,8	5,9	8,2	9,6	10,8
Italien	9,1	8,7	4,2	7,6	0,9	8,4	2,7	2,5	2,9	2,8	21,5	16,7	9,4	6,4	10,6	9,2	13,6	6,6	6,2	12,1
Frankreich	3,3	1,8	1,6	1,5	0,9	8,4	2,7	2,5	2,9	2,8	2,2	1,6	5,4	1,5	2,5	12,4	4,1	5,7	4,7	3,4
Großbritannien	1,8	4,4	13,8	4,8	3,1	18,9	12,6	9,5	8,3	13,7	2,7	5,3	7,4	9,6	6,6	15,4	9,6	8,8	11,1	14,1
<i>Gesamteinfuhr</i>	2 202	3 009	4 986	4 934	5 197	8 432	10 681	15 204	14 761	12 275	2 883	3 700	5 234	4 975	4 757	11 742	10 847	20 255	18 768	22 890
<i>In Mill. der Landeswährung</i>																				
<i>Bezugsgebiete:</i>																				
<i>In v. H. der Gesamteinfuhr</i>																				
Großdeutschland	44,4	59,9	58,2	52,0	65,5	11,5	20,7	29,7	30,3	29,9	29,8	28,1	42,7	39,4	47,7	27,8	34,6	37,4	36,8	39,3
Deutsches Reich	38,2	53,5	54,1	4,1	10,2	18,7	18,7	27,2	2,5	2,5	13,2	16,2	32,4	11,9	10,3	18,6	23,8	28,9	8,5	8,5
Österreich	6,2	6,4	4,1	5,9	4,0 ¹⁾	1,3	2,0	2,5	1,6	1,6	16,1	11,9	11,1	10,7	6,6	9,2	10,8	8,5	13,1	16,8
Ehemalige Tschechoslowakei	4,8	9,8	5,0	7,5	6,9	4,1	3,9	1,8	3,4	2,0	12,1	14,0	8,9	8,2	11,7	10,5	13,0	16,1	4,8	4,8
Italien	12,7	3,1	5,0	3,7	1,2	5,7	3,7	2,9	3,4	1,4	15,9	10,0	1,7	2,9	2,0	10,5	7,7	7,2	6,1	7,7
Frankreich	4,4	1,4	3,3	3,7	1,2	4,3	1,7	1,7	1,6	1,4	4,2	4,4	1,7	8,7	5,1	14,9	9,8	9,4	8,1	5,9
Großbritannien	6,9	4,7	4,7	7,1	2,8	14,4	15,5	11,0	13,0	12,0	9,7	10,1	7,8	8,7	5,1	14,9	9,8	9,4	8,1	5,9
<i>Gesamtausfuhr</i>	391,3	451,5	588,0	522,4	605,5	96,2	95,9	138,0	144,9	127,4	15,0	25,8	26,1	41,0	40,2	15,0	25,8	26,1	41,0	40,2
<i>In Mill. der Landeswährung</i>																				
<i>Bezugsgebiete:</i>																				
<i>In v. H. der Gesamtausfuhr</i>																				
Großdeutschland	88,2	43,0	40,9	45,7	50,1	19,9	42,8	38,5	44,1	37,3	15,0	25,8	26,1	41,0	40,2	15,0	25,8	26,1	41,0	40,2
Deutsches Reich	11,2	23,9	24,1	27,4	27,4	18,9	40,9	30,5	2,0	2,0	1,0	1,9	2,0	4,8	7,0	1,0	1,9	2,0	4,8	7,0
Österreich	27,0	19,1	16,8	18,3	2,3	3,8	3,2	4,4	3,5	4,8	5,8	5,9	6,0	5,7	7,0	11,2	12,8	7,9	7,4	11,2
Ehemalige Tschechoslowakei	7,7	4,7	3,5	8,5	15,5	13,5	9,9	5,3	10,1	10,0	12,1	12,8	7,9	6,0	7,0	11,2	12,8	7,9	7,4	11,2
Italien	0,6	13,5	12,3	8,5	1,0	6,4	8,2	3,8	3,3	4,4	7,0	2,8	4,0	2,7	2,6	2,0	2,8	4,0	2,7	2,6
Frankreich	4,5	2,2	2,0	1,0	1,2	8,9	5,4	7,1	3,4	5,7	10,1	8,0	8,8	7,9	8,4	10,1	8,0	8,8	7,9	8,4
Großbritannien	8,0	8,4	7,2	8,1	5,2	8,9	5,4	7,1	3,4	5,7	10,1	8,0	8,8	7,9	8,4	10,1	8,0	8,8	7,9	8,4
<i>Gesamteinfuhr</i>	312,6	402,3	483,6	410,6	489,0	74,7	88,8	114,4	149,8	118,2	18,6	25,6	32,6	40,2	45,6	18,6	25,6	32,6	40,2	45,6
<i>In v. H. der Gesamteinfuhr</i>																				
<i>Bezugsgebiete:</i>																				
Großdeutschland	39,7	41,5	43,9	41,6	43,6	27,4	48,2	43,7	47,5	52,5	18,6	25,6	32,6	40,2	45,6	18,6	25,6	32,6	40,2	45,6
Deutsches Reich	19,7	22,7	25,9	30,1	30,1	25,5	40,0	42,1	4,5	4,5	1,0	1,9	2,0	4,8	7,0	1,0	1,9	2,0	4,8	7,0
Österreich	20,0	18,8	18,0	11,5	11,5	1,9	3,2	1,6	3,9	1,5	8,2	8,0	7,7	6,8	6,9	8,2	8,0	7,7	6,8	6,9
Ehemalige Tschechoslowakei	10,2	4,7	6,8	7,3	4,0	4,7	4,4	2,6	3,9	1,5	10,1	6,8	5,4	5,7	8,2	10,1	6,8	5,4	5,7	8,2
Italien	7,4	7,5	7,0	5,3	7,1	11,4	6,4	5,3	1,3	8,5	6,5	3,5	2,6	3,0	2,3	6,5	3,5	2,6	3,0	2,3
Frankreich	6,6	1,1	0,9	1,5	1,3	6,6	4,7	1,1	1,3	1,9	6,5	3,5	2,6	3,0	2,3	6,5	3,5	2,6	3,0	2,3
Großbritannien	4,4	5,3	5,3	6,8	4,8	13,5	9,8	6,2	11,2	6,3	11,2	9,6	7,8	9,2	6,2	11,2	9,6	7,8	9,2	6,2

¹⁾ Nur Böhmen und Mähren.
²⁾ Die Anteile am gesamten Außenhandel Südosteuropas wurden durch Umrechnung der Originalzahlen der südosteuropäischen Landesstatistiken auf Goldollar ermittelt.

Anmerkungen

an früher von Deutschland gelieferten technischen Ersatzteilen, deren Lieferung Großbritannien versprach, aber nicht ausführte oder nicht ausführen konnte, u. a. weil die britische Industrie die Anpassung ihrer Ausfuhrartikel an die deutsche Industriennormung nicht bewältigte. Unter diesen Umständen waren vom Standpunkt einer erfolgreichen Führung des Wirtschaftskrieges auch die im Januar 1940 in einem britisch-französisch-türkischen Dreierabkommen an die Türkei gewährten riesigen Rüstungskredite (25 Mill. £), Barkredite (15 Mill. £) und Clearingausgleichskredite (4 Mill. £) kein Fortschritt; hingen doch gerade diese Kredite, die ausdrücklich auf den Ersatz des deutschen Partners durch Großbritannien und Frankreich abgestellt waren, von der Liefer- und Leistungsfähigkeit der britischen und französischen Industrie entscheidend ab.

Neben diesem Hemmnis der Lieferunfähigkeit kam auch eine großzügige Subsidierung der britischen Ausfuhr als Voraussetzung eines wirksamen Preisdumpings nicht in Gang, während andererseits die Frachtraten und Seeverversicherungsprämien stiegen. Sehr hemmend wirkte schließlich auch die Schwäche der britischen Industrieorganisation, deren Mängel unter dem Ausfuhrbewilligungssystem in krassen organisatorischen Unzulänglichkeiten des *Export Licensing Department* zutage traten. Aus allen diesen Gründen ist es in keinem Abschnitt der dritten Phase zu einem ernstzunehmenden britischen Wettbewerb mit Deutschland gekommen. Die deutsche Lieferfähigkeit blieb dagegen trotz rüstungswirtschaftlicher Höchstbeanspruchung weitgehend erhalten, wobei dem Südostexport zugutekam, daß in der deutschen Ausfuhrindustrie durch den zusammenschumpfenden Überseeabsatz Kapazitäten frei wurden. Unter solchen Umständen verlief auch die britische Propaganda im Sande, die nach einer ausgedehnten Reise von Lord Lloyd of Hallobran, dem Vorsitzenden des *British Council*, im November 1939 verstärkt durchgeführt wurde.

Zu praktischem Einsatz ist nur die erste Kampfmethode gelangt. Hier suchten die Briten ihr Ziel, die deutsche Einfuhr aus Südosteuropa unmittelbar zu unterbinden, auf dreierlei Weise zu erreichen: einmal dadurch, daß sie Verkehrsmittel in ihren Besitz brachten und damit deren Benutzung für nach Deutschland gerichtete Frachten ausschalteten; zum andern durch Sperrung von Lieferungen nach Deutschland in den Fällen, in denen britisches und französisches Kapital die Erzeugung der betreffenden Güter kontrollierten, schließlich durch „Trutz“- oder „Schattenkäufe“ von für Deutschland bestimmten südosteuropäischen Ausfuhrüberschüssen bzw. durch das Hochtreiben der Preise für solche Überschüsse.

Monopolisierungsversuche bei Transportmitteln

Fälle der ersten Art sind nur zwei bekanntgeworden. Die britischen Erdölfirmen in Rumänien haben sofort bei Kriegsausbruch alle erreichbaren Zisternenwagen für den Öltransport zu Lande zu mieten gesucht, um ihre Verwendung im Erdölfrachtverkehr nach Deutschland zu verhindern. Da es sich nur um eine kleine Anzahl von Wagen handelte, waren die Wirkungen geringfügig. Im

anderen Fall handelte es sich um Donautanker und -schlepper. Britische und französische Schifffahrtsgesellschaften mieteten zu einem um mehrere 100 v. H. erhöhten Mietpreis einen Teil der auf der unteren Donau verfügbaren rumänischen und griechischen Fahrzeuge, zogen sie aus dem Verkehr und verankerten sie unbenutzt an der Donaumündung. Gleichzeitig versuchten sie, sämtliche rumänischen Donaulotsen anzuheuern. Nach dem Zusammenbruch des französischen Widerstandes und dem wirtschaftlichen Rückzug Großbritanniens aus Rumänien sind beide Aktionen unter Einwirkung der rumänischen Regierung im wesentlichen wieder rückgängig gemacht worden. Die Lotsenfrage hatte die rumänische Regierung schon im Herbst 1939 durch Verpflichtung der Lotsen zum rumänischen Militärdienst gelöst.

Lieferungsabotage der Betriebe unter britischer Kontrolle

Auf die zweite Art versuchten die Briten, die deutschen Bezüge von Blei, Zink und Kupfer aus Jugoslawien und von Erdöl aus Rumänien abzuschneiden. Die von britischem Kapital (*Selection Trust*) kontrollierten Blei- und Zinkbergwerke der *Trepča Mines Ltd.*, die im Frieden jährlich rund zwei Fünftel ihrer Erzeugung nach Deutschland exportiert hatten, stellten nach Kriegsausbruch ihre Lieferungen nach Deutschland ein. Die mit französischem Kapital betriebenen Kupferbergwerke in Bor (*Mines de Bor*), die vor dem Krieg jährlich rund 8 000 t Rohkupfer nach Deutschland lieferten, schlossen sich dem britischen Vorgehen an. Den Vorstellungen, die Deutschland daraufhin bei der jugoslawischen Regierung unter Hinweis auf seine Lieferungen erhob, konnte sich diese nicht verschließen. Im November 1939 errichtete sie ein „Kommissariat für Erze und Metalle“ bei der Inspektion für Landesverteidigung als Sonderbehörde unter der gleichzeitigen Aufsicht von Bergbau- und Kriegsministerium und verpflichtete die beiden Gesellschaften, zunächst bis Ende Juni 1940 einen Teil ihrer Erzeugung zu Weltmarktpreisen an das Kommissariat zu liefern, das seinerseits aus diesen Lieferungen die Ausfuhr nach Deutschland bestritt. Aus ähnlichen Erwägungen heraus errichtete die rumänische Regierung am 17. Januar 1940 ein Generalkommissariat für Erdöl beim rumänischen Wirtschaftsministerium, dessen Vollmachten sich nicht nur auf die Kontrolle der Erzeugung und die Festlegung der länderspezifischen Verteilung der Ausfuhr, sondern auch auf die Regelung der Einlagerung und des Transports von Erdöl bezogen.

Bei diesen Regelungen ist es bis zum gänzlichen Zusammenbruch der britischen Wirtschaftsfront im Südosten geblieben. Als am 23. April 1940 der liberale Abgeordnete *Mander* im englischen Unterhaus die Frage stellte, ob die Regierung Zusicherungen geben könne, daß geeignete Schritte unternommen würden, um Deutschland von der Erzeinfuhr aus Südosteuropa völlig abzuschneiden, antwortete ihm Staatssekretär *Buller*, die Regierung sei sich der Wichtigkeit dieser Frage vollständig bewußt, doch könne er unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen derart weitgehende Zusicherungen nicht geben. Ende Mai hat die britische Leitung der *Trepča-Bergwerke*

Jugoslawien verlassen, und am 31. Juli verfügte die Regierung in Belgrad die Staatskontrolle über die Betriebe von Trepča und Bor. Ende Juli 80 v. H. des Mehrerlöses als Ausfuhrsondersteuer setzte das rumänische Generalkommissariat für Erdöl bei der *Astra Romana*, der größten der britischen Gesellschaften, einen Regierungskommissar zur Kontrolle der gesamten Geschäftstätigkeit des Unternehmens ein; im August wurde diese Kontrolle auf die *Unirea* ausgedehnt. Anfang August veranlaßte das rumänische Innenministerium die Abreise der englischen Ingenieure aus dem rumänischen Erdölgebiet. In der amtlichen rumänischen Erdölausfuhrstatistik für den Monat Juni wird Großbritannien nicht mehr aufgeführt.

„Trutzkäufe“

Zu einem planmäßigen Ankauf von kriegswichtigen südosteuropäischen Ausfuhrsgütern durch die Briten, der die regelmäßigen Lieferungen nach Deutschland gestört oder geschmälert hätte, ist es während des ganzen Zeitraumes nicht gekommen. Einzelne „spontane Trutzkäufe“ kleineren Umfangs mögen vorgekommen sein, doch sind sie nicht bedeutend gewesen. Als im September und Oktober 1939 die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Tabakkäufe in Griechenland ruckartig weit über das übliche Maß hinaus erhöhten (3 952 t im September und Oktober 1939 gegen nur 880 t im gleichen Zeitraum von 1938) und infolge dieser Käufe in einem Monat (November 1939) über 50 v. H. der griechischen Gesamtausfuhr bestritten, hat man vermutet, daß diese Zusatzkäufe bzw. Voreindeckungen auf britische Anregung hin erfolgten. Das gleiche nahm man an, als sich die Regierung der Vereinigten Staaten im Herbst 1939 bereiterklärte, 1939/40 rd. 50 000 t türkisches Chromerz abzunehmen und als Kriegsreserve einzulagern. Nach langem Hin und Her kamen schließlich gegen Ende 1939 auch größere britische Käufe türkischen Tabaks zustande. Diese Fälle sind jedoch insofern nicht charakteristisch, als gerade bei Griechenland und der Türkei, denen gegenüber die Seeblockade wirksamer als gegenüber jedem anderen Südostland war und die ohnehin eine gewisse wirtschaftspolitische Annäherung an die Westmächte gesucht hatten, die Notwendigkeit besonderer „Trutzkäufe“ am wenigsten bestand. Die Initiative dürfte in allen drei Fällen bei den durch den Ausfall des deutschen Abnehmers betroffenen Verkäufern gelegen haben. Als „Trutzkäufe“ sind lediglich die geschilderten Bemühungen der Firma *Trepča Mines Ltd.* und *Mines de Bor* sowie der in Rumänien arbeitenden britischen und französischen Erdölgesellschaften insofern anzusehen, als die Firmen vor Einsetzung der staatlichen Kommissariate ihre Erzeugung restlos nach Großbritannien auszuführen trachteten und sich weigerten, an Deutschland zu verkaufen. Kriegswirtschaftlich ins Gewicht fallende Steigerungen der Ausfuhr nach Großbritannien sind nur für rumänisches Erdöl und rumänischen Weizen beobachtet worden, doch kann man in beiden Fällen nicht behaupten, daß diese Käufe über das Ausmaß des im Kriegsfall an sich zu erwartenden Anstiegs hinausgegangen wären. Die rumänische Weizenausfuhr nach Großbritannien im Kriegslandwirtschaftsjahr 1939/40 überstieg, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, wesentlich den

Umfang der Jahre 1936/37 und 1937/38, doch lag sie mit nur 270 700 t noch um 68 v. H. niedriger als die Ausfuhr des Jahres 1938/39 mit 397 600 t.

Die rumänische Weizenausfuhr nach Großbritannien
in t

Monat	1936/37	1937/38	1938/39	1939/40
Juli	1 475	5 751	—	24 373
August	56 767	20 069	1 831	—
September	38 836	13 951	3 511	—
Oktober	63 798	34 874	17 892	15 526
November	7 619	10 256	119 019	58 206
Dezember	2 104	—	58 738	53 114
Januar	2 008	300	78 349	19 912
Februar	1 000	—	38 074	10 485
März	—	—	34 031	28 094
April	4 279	—	4 409	*) 45 479
Mai	6 839	—	10 663	*) 7 950
Juni	—	—	31 112	*) 9 449
Juli/Juni	184 725	85 221	397 629	270 678

*) Einschl. unerheblicher Mengen anderer Getreidesorten.

Das gleiche gilt für die britischen Erdölbezüge, die sich — wie aus der folgenden Übersicht und aus dem Schaubild (S. 102) hervorgeht — bis Mai 1940 auf beachtlicher Höhe gehalten haben, im Juni dagegen mit einem Schlag aufhörten.

Die rumänische Erdölausfuhr nach Großbritannien
in t

Monat	1936	1937	1938	1939	1940
Januar	49 172	94 175	21 900	76 647	118 912
Februar	62 705	42 333	31 450	71 782	75 536
März	80 954	59 945	17 295	72 815	122 484
April	72 081	28 863	17 050	47 498	96 172
Mai	81 255	65 089	46 061	35 995	68 988
Juni	57 484	55 027	38 055	38 453	—
Juli	60 534	64 318	54 454	12 609	—
August	73 853	26 207	67 524	23 467	—
September	69 463	22 424	50 372	32 974	—
Oktober	64 817	39 695	61 816	29 772	—
November	90 779	36 416	70 735	36 785	—
Dezember	83 178	45 693	69 112	139 868	—
Januar/Dezember ..	846 274	580 185	540 428	618 657	—

Bei Beurteilung der Ziffern muß noch beachtet werden, daß auch die britisch-französischen Besitzungen und Einflußgebiete rund um das Mittelmeer (Syrien, Palästina, Ägypten, Cypern, Malta, Marokko, Tunis, Algerien) ihre Erdölkäufe z. T. sehr wesentlich erhöhten. Mit Hilfe dieser Käufe haben die Briten auch in diesem einzigen Fall einmal die von der *Financial News* empfohlene Methode angewandt, die deutsche Käuferstellung durch das Hochtreiben der Preise zu schwächen. Hiergegen erließ die rumänische Regierung im April 1940 eine Verordnung, in der sie die Ausfuhrpreise für rumänische Erdölprodukte einheitlich festsetzte und für den Fall, daß ein Exporteur mehr als den amtlich festgesetzten Preis erzielte, die Bestimmung traf, daß er dann 80 v. H. des Mehrerlöses als Ausfuhrsondersteuer an die Staatskasse abzuliefern habe und nur 20 v. H. für sich behalten dürfe. Damit versuchte die rumänische Regierung, der aus Preisgründen drohenden einseitigen Bevorzugung bestimmter Märkte zum Schaden anderer Bezugsländer einen Riegel vorzuschieben. Weder durch die Erhöhung der britischen Bezüge noch durch diese Preismanipulationen hat Deutschland somit schließlich irgendwelche Einbußen erlitten. Es hat seit Ausbruch des Krieges Monat für Monat diejenigen

Der Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr wichtiger Waren der südosteuropäischen Länder II
in v. H.

Ware	Bulgarien					Griechenland					Türkei				
	Anteil d. betr. Ware an der bulgar. Gesamtausfuhr 1938	Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr der betreffenden Ware			Anteil d. betr. Ware an der Gesamtausfuhr nach Großbrit. 1938	Anteil d. betr. Ware an der griech. Gesamtausfuhr 1938	Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr der betreffenden Ware			Anteil d. betr. Ware an der Gesamtausfuhr nach Großbrit. 1938	Anteil d. betr. Ware an der türk. Gesamtausfuhr 1938	Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr der betreffenden Ware			Anteil d. betr. Ware an der Gesamtausfuhr nach Großbrit. 1938
		1936	1937	1938			1936	1937	1938			1936	1937	1938	
Weizen	6,5	43,6	60,9	10,9	14,7	.	.	.	.	.	3,9	.	0,2	—	—
Roggen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,9	.	0,2	—	—
Gerste	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3,6	.	11,0	6,6	6,9
Mais	2,7	75,9	64,0	50,0	28,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mehl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Rinder	0,7	—	—	—	—	.	.	.	.	.	0,6	.	—	—	—
Pferde	.	—	—	—	—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schweine	2,3	—	—	—	—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Fleisch (o. Geflügel) ..	1,8	11,2	14,8	13,6	5,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Geflügel	2,1	4,4	1,9	0,2	0,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Fleisch- u. Fleisch- waren	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Eier	7,8	—	—	2,7	4,5	.	.	.	.	.	0,6	.	0,3	—	—
Butter	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schweineschmalz u. Speck	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Häute u. Felle	1,8	1,7	2,6	6,1	2,4	2,3	0,1	1,8	0,3	0,1	2,5	.	0,2	0,1	0,1
Leder u. Pelzwerk, zugerichtet	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Federn	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Wolle	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2,3	.	0,2	0,0	0,0
Mohair	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2,5	.	24,9	4,9	3,6
Leinen-, Hanf- u. Jutegarne	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kleie u. Mühlen- abfälle	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,8	.	75,9	45,4	10,8
Erbisen u. Bohnen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1,8	.	6,6	2,9	1,6
Bohnen, getrocknet ..	0,4	0,4	0,4	—	—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Hanf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Walnüsse	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1,4	.	—	—	—
Haselnüsse, ohne Schale	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8,4	.	4,4	4,6	11,2
Sonnenblumensamen ..	0,7	7,6	1,9	0,5	0,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Oliven	.	.	.	.	.	2,9	0,4	0,9	0,6	0,2	.	.	.	.	.
Kanariensamen u. Sesam	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ölkuchen	1,7	9,6	5,2	7,3	2,6	.	.	.	.	.	1,3	.	12,2	7,7	3,0
Ölsamen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,6	.	52,8	25,1	4,6
Sonnenblumenöl	0,0	21,4	8,1	—	—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Olivenöl	.	.	.	.	.	5,7	6,1	3,1	6,2	4,3	1,1	.	41,0	10,3	3,2
Olivensteinöl	.	.	.	.	.	0,3	6,9	1,1	1,7	0,1	.	.	.	.	.
Rosenöl	1,0	18,5	20,0	22,4	4,7	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Hopfen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Hülsenfrüchte	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Tabak, roh	42,4	0,3	0,1	0,1	0,9	50,4	0,2	0,6	1,2	7,0	27,1	.	2,0	0,5	3,7
Obst	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Pflaumen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Pflaumen, getrockn. ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Weintrauben	9,9	—	—	2,2	4,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Äpfel	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Feigen, getrocknet ..	.	.	.	.	.	1,8	1,4	6,7	4,3	0,9	3,8	.	22,3	10,4	11,6
Korinthen	.	.	.	.	.	9,2	70,0	62,6	56,9	62,9	.	.	.	.	.
Sultaninen	.	.	.	.	.	5,2	25,5	22,0	15,7	9,9	.	.	.	.	.
Rosinen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9,9	.	18,6	2,3	6,6
Wein (in Fässern) ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Opium	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,7	.	23,9	16,2	3,1
Bau- u. Nutzholz ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Holzmöbel	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Benzin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Leuchtöl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Gasöl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Masut	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mineralöle	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kolophonium	.	.	.	.	.	1,5	2,4	6,2	0,2	0,0	.	.	.	.	.
Bauxit	.	.	.	.	.	0,5	26,2	14,2	10,8	0,7	.	.	.	.	.
Eisenerz	.	.	.	.	.	1,7	—	5,1	4,8	0,4	.	.	.	.	.
Chromerz	.	.	.	.	.	0,5	20,0	14,0	3,8	0,3	3,5	.	0,4	1,8	1,9
Kupfer, roh	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,4	.	—	—	—
Elektr. Maschinen u. Apparate	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Eisenwaren	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Masch. u. Apparate ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Autos u. Autochassis ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Frauen- u. Mädchen- kleider	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Seiden-, Halbselden- u. K'seidenstoffe ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Glas u. Glaswaren ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schuhwaren	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Eicheldoppen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1,2	.	11,0	8,5	2,9
Eichelextrakt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,8	.	6,5	2,7	0,6
Zitrusfrüchte	.	.	.	.	.	1,8	6,4	1,1	0,6	0,1	.	.	.	.	.

Mengen Erdöl aus Rumänien beziehen können, die sich unter voller Ausnutzung aller verfügbaren, sich ständig mehrenden Verkehrsmittel heranschaffen ließen.

Die „United Kingdom Commercial Corporation Ltd.“

Daß die Briten die Methode der „Trutzkäufe“ nicht energischer und systematischer betrieben haben, dürfte neben den noch zu erörternden allgemeinen Gründen an taktischen Beurteilungsfehlern gelegen haben. Nachdem im November die allgemeine Handels- und Verkehrsstockung der beiden ersten Kriegsmonate überwunden war, schien es, als ob man in London mit dem Vorhaben Ernst machen wollte. Als sich dann aber durch den ungewöhnlich harten Winter die Frage der deutschen Versorgung aus dem Südosten auf die Lösung des Verkehrsproblems reduzierte, beruhigte man sich offenbar mit dem Gedanken, daß zunächst der Wettergott und die übrigen kriegsbedingten Verkehrskalamitäten das Notwendige besorgen würden. Erst Anfang April trafen die Chefs der britischen diplomatischen Missionen aus Südosteuropa in London ein, um die erforderlichen Maßnahmen mit Wirtschafts- und Regierungskreisen zu besprechen. Die Frucht dieser Erörterungen war die am 15. April mit einem Gesellschaftskapital von 500 000 £ gegründete *United Kingdom Commercial Corporation Ltd.*, die vornehmlich auf dem Gebiet der „Trutzkäufe“ eingesetzt werden sollte, bekanntlich aber ihre Tätigkeit angesichts der auf die deutsche Offensive vom 10. Mai folgenden weltpolitischen Veränderungen gar nicht aufgenommen hat.

Blockadeversuch im Südosten gescheitert

Am Ende der dritten blockadepolitischen Phase der britischen Wirtschaftsoffensive in Südosteuropa steht somit ein vollständiger Zusammenbruch aller Kampfmaßnahmen und ein fast völliger Abbruch aller Handelsbeziehungen. Soweit von den beteiligten Ländern noch Außenhandelsstatistiken veröffentlicht werden, liegen diese nur bis zum Juni d. J. vor. Sie lassen also die weitere Abschnürung Großbritanniens vom Balkanraum durch die italienischen See- und Luftstreitkräfte nicht erkennen. Die Einfuhr der sechs Südostländer aus Großbritannien ist seit Kriegsausbruch der Menge nach unaufhaltsam zurückgegangen und dürfte heute in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien ganz zum Stillstand gekommen sein. Nur in der Türkei stieg die Ausfuhr nach Großbritannien in den ersten beiden Vierteljahren von 1940. Die griechische Ausfuhr war in denselben Vergleichszeiträumen sogar um 10 v. H. niedriger, und die jugoslawische ist seit Anfang 1940 noch stärker gesunken, weil nach einer politischen Vereinbarung von Anfang Januar Frankreich den jugoslawischen, Großbritannien den rumänischen Markt stärker betreuten. In der Zeit von Januar bis Juni 1939 kaufte Großbritannien in Jugoslawien Waren im Werte von 152,1 Mill. Dinar und war damit mit 6,0 v. H. an der jugoslawischen Gesamtausfuhr beteiligt; im Zeitraum Januar bis Juni 1940 nahm es für nur 103,0 Mill. Dinar ab, und sein Anteil an der Gesamtausfuhr sank auf 3,4 v. H. Der britische Rumänienhandel kam — wie schon erwähnt — im Juni nahezu völlig zum Erliegen;

selbst für den Fall, daß einzelne Geschäfte noch — im türkischen Transit oder mit anderen Mitteln — zustande kommen sollten, bedeutet die vollständige Einstellung der Getreide- und Erdöllieferungen (zusammen zwei Drittel der Gesamtausfuhr nach Großbritannien im Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1939) praktisch das Ende der Tauschbeziehungen. Bulgarien und Ungarn schließlich haben schon in den letzten Monaten kaum noch irgendwie nennenswerte Mengen von Waren nach Großbritannien ausgeführt.

Die wirtschaftliche Logik des Zusammenbruchs

Der Zusammenbruch der britischen Wirtschaftsoffensive ist in seiner letzten Phase die zwingende Folge der militärischen Niederlage Frankreichs und des Eintritts Italiens in den Krieg gewesen. Die „Wirtschaftsfront“ der Alliierten im Südosten löste sich von selbst auf. Das Herausfallen der Franzosen aus dieser Front riß Lücken, die sich schlechterdings nicht mehr schließen ließen, und die italienischen See- und Luftstreitkräfte versperrten seit dem 11. Juni die Handelswege des Mittelmeers in einem Grad, der einen nennenswerten Güterverkehr zwischen Südosteuropa und allen westlich von Gibraltar gelegenen britischen Gebieten nicht mehr zustande kommen ließ.

Dennoch ist es notwendig, festzuhalten, daß diese Abschnürung der britisch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen mit militärischen Mitteln nur der Schlußstein einer zwangsläufigen Entwicklung ist. Dem Zusammenbruch wohnte neben der militärischen und politischen auch eine wirtschaftliche Logik inne, die sich eindeutig aus der Fragwürdigkeit der elementaren wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen dauerhaften Handelsverkehr zwischen Großbritannien und den einzelnen Südostländern erklärt.

Diese Fragwürdigkeit ist primär mit dem Fehlen einer güterwirtschaftlichen Interessensentsprechung zwischen Großbritannien und Südosteuropa zu begründen. Großbritannien benötigt den südosteuropäischen Raum weder zur Sicherung seiner Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung noch als Absatzmarkt für seine Industrieerzeugnisse, und die Südostländer können weder einen leichten Zugang für ihre Erzeugnisse zum britischen Markt finden noch britische Produkte in größerem Umfang regelmäßig aufnehmen.

Nicht weniger fragwürdig ist jedoch auch die wirtschaftspsychologische Grundlage der britisch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. Unter dem Eindruck der schlechten Erfahrungen, die die Südostländer vor und während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 mit den Auslandsanleihen, dem ausländischen Industriekapital und der Weltmarktabhängigkeit ihrer Ausfuhr gemacht hatten, haben die wirtschaftspolitischen Ziele der Südostvölker seit dem Scheitern der Agrarkonferenzen von Bukarest, Sinaja und Belgrad im Jahre 1930 und seit dem Zusammenbruch der französischen Donauraumpläne im Sommer 1932 Formen erhalten, die der britischen Wirtschafts-ideologie in jeder Beziehung zuwiderliegen. Alle Südostländer haben in den letzten sieben Jahren

versucht, die relative Bedeutung des Außenhandelssektors für ihre gesamte Volkswirtschaft durch Industrialisierung, Verkehrserschließung und Intensivierung der Landwirtschaft zu verringern. Sie suchten einen kräftigen Binnenmarkt zu schaffen, einen großen Teil der Industriewareneinfuhr entbehrlich zu machen und dadurch das Kardinalproblem ihrer Volkswirtschaften, die agrarische Übervölkerung, zu beseitigen. Charakteristisch war, daß sie diese Entwicklung unter keinen Umständen mit einer Neuverschuldung an das Ausland erkaufen wollten, und zwar weder in Form einer öffentlichen Verschuldung noch um den Preis privatkapitalistischer Überfremdung der Erzeugung. Ferner trachteten sie danach, ihre Weltmarktabhängigkeit auch insoweit einzudämmen, als sie auf die strukturelle Einseitigkeit ihrer Ausfuhr zurückzuführen war. Dies wurde auf dem Wege einer allmählichen Ersetzung der Monokulturen durch eine wesentlich mannigfaltigere Ausfuhrerzeugung erstrebt.

Für die mit einem solchen wirtschaftspolitischen Programm an ihre Weiterentwicklung herantretenden Südostländer war der Übergang zum Bilateralismus unter Anlehnung an die bereits hochentwickelte deutsche Volkswirtschaft das Gebotene. Der Bilateralismus der Südostländer verknüpfte die Ausfuhr unmittelbar mit der Einfuhr und interessierte den erschließungswirtschaftlich erfahrenen deutschen Partner zwangsläufig an der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung, da jedes Wachstum der produktiven Kräfte und jede Erhöhung des Lebensstandards auch die deutschen Bezugs- und Absatzaussichten unmittelbar steigerte.

Der südosteuropäische Handelsverkehr mit Großbritannien wickelte sich im Gegensatz dazu im privaten Stil der liberal-kapitalistischen Weltmarktwirtschaft ab. Hier gingen Ausfuhr und Einfuhr organisatorisch völlig getrennte Wege; infolgedessen gelang es den Südostländern auch nicht, die britische Außenhandelswirtschaft geschlossen an der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften zu „interessieren“. Als die Wirtschaftsoffensive einsetzte, entsprachen die Weltmarktinteressen der britischen Kapitalbesitzer weder den Interessen der südosteuropäischen Länder noch stimmten sie mit den Absichten der die „Offensive“ betreibenden Handelspolitik der britischen Regierung überein. Die britische Industrie und der Empirehandel waren gegen die wirtschaftliche Südostorientierung der britischen Außenpolitik, weil der Südosten für die britische Unternehmerinitiative „kein lohnendes Objekt“ war und weil andererseits die Empireländer in der Erhöhung der britischen Einfuhr aus Südosteuropa eine Beeinträchtigung des Absatzes ihrer Produkte erblickten.

In den wenigen Fällen, in denen britisches Kapital in Südosteuropa günstige Chancen zu erblicken glaubte, hatte es diese schon ein bis drei Jahrzehnte vor der „Offensive“ wahrgenommen: im jugoslawischen Bergbau, in der rumänischen Erdölindustrie — wo es den monopolistischen Weltkonzernen primär nicht um die Erschließung, sondern um die Kontrolle zu tun war —, in der türkischen Industrialisierung und in einigen wenigen anderen Fällen. Auf dem Gebiet der Dienstleistungen galt das gleiche. Dem britischen See-

frachtenmarkt bot die Fahrt nach Südosteuropa angesichts der geringen in Frage kommenden Transportmengen keinen Anreiz. Diese Domäne überließen die Briten Ländern wie Italien und Griechenland, denen sie auch im Banken- und Versicherungswesen den Vortritt ließen.

Als Absatzmarkt für britische Industriewaren und für Rohstoffe aus dem Empire war Südosteuropa — gemessen an den anderen, Großbritannien offenstehenden Märkten — eine „*quantité négligeable*“. Großbritannien führte nach Südosteuropa im Durchschnitt der letzten drei Jahre nur 1,7 v.H. seiner Gesamtausfuhr aus. Es setzte damit nach allen sechs Südostländern nur so viel Waren ab, wie es jährlich nach einem an sich auch nicht allzu bedeutsamen Land wie Norwegen allein lieferte. Für den Absatz von Waren aus dem britischen Empire und anderen, von der Londoner City mehr oder weniger abhängigen überseeischen Rohstoffproduktionsgebieten spielte Südosteuropa ebenfalls eine völlig untergeordnete Rolle. Im Jahresdurchschnitt 1936/38 war Südosteuropa an der Welteinfuhr von Rohbaumwolle mit nur 2,3 v.H., von Rohwolle mit nur 0,9 v.H., und von Kautschuk mit nur 0,7 v.H. beteiligt. Das kleine Belgien z. B. führte an Kautschuk fast das Doppelte dessen ein, was alle Südostländer zusammen kauften. Die unter britischem Einfluß stehenden Weltrohstoffkonzerne haben infolgedessen dem Südostmarkt nie irgendein Interesse abgewinnen können, ebensowenig, wie dies die britische Ausfuhrindustrie — von einzelnen Spezialzweigen abgesehen — getan hat. Es kommt hinzu, daß die britische Produktionsmittelausfuhr allgemein schwächer als die deutsche ist, daß die britische Produktionsmittelindustrie in den letzten Jahren infolge der Aufrüstung wenig Kapazitäten für zusätzliche Exporte freimachen konnte und daß sie im übrigen bei ihrem lukrativen Inlandsgeschäft nur geringes Interesse an der — vom türkischen Geschäft abgesehen — mühseligen Kleinarbeit auf den begrenzten Südostmärkten hatte. Diese Scheu vor der Mühsal des Geschäfts in den kleinen Südostländern ist im übrigen auch für die im Konsumgütersektor arbeitenden britischen Exportunternehmer charakteristisch; schon allein dadurch errang der deutsche Unternehmer in den letzten Jahren in ganz Südosteuropa ein wirtschaftsmoralisches Übergewicht gegenüber dem britischen.

Unter dem Gesichtspunkt der Sicherung bestimmter Bezugsmöglichkeiten spielte Südosteuropa in der britischen Handelspolitik aber ebenfalls keine entscheidende Rolle. Großbritannien konnte ein größeres Interesse weder wehrpolitisch noch weltmarktwirtschaftlich haben, weil die Südostgebiete mit Großbritannien keinen geschlossenen geographischen Raum bilden und weil sich die Briten nach dem Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung bei jeder Ware tunlichst im Lande der geringsten Produktionskosten versorgten — ein Verfahren, bei dem der Südosten auch dann ausgefallen wäre, wenn er größere Mengen auf den Weltmarkt hätte bringen können. Das rumänische Öl liegt wehrgeographisch für die britischen Inseln ungünstiger als z. B. das karibische, und auch die Streitkräfte im Nahen Orient und im östlichen Mittelmeer können sich — wenn überhaupt — es immer noch gesicherter

aus dem Irak und vom Indischen Ozean her mit Nahrungsmitteln und Kraftstoffen versorgen. Vom Wehrowirtschaftlichen abgesehen, ergibt sich die Tatsache der geringen Orientierung des britischen Südostinteresses am Versorgungsgesichtspunkt z. B. daraus, daß die britische *Trepča Mines Ltd.* ihre in Jugoslawien geförderten Blei- und Zinkerze nicht nach Großbritannien, sondern nach andern Ländern verkauft hat. Weltproduktionsmonopole, auf die die Briten gegebenenfalls ihre Hand selbst mit erhöhtem Aufwand gelegt haben würden, besitzt Südosteuropa so gut wie gar nicht. Von einem solchen kann man in gewissem Sinne beim jugoslawischen Weichhanf sprechen, der außer in Italien und Jugoslawien nirgends in der Welt angebaut wird. In diesem einen Fall, in dem ein absolutes Interesse an einer bestimmten südosteuropäischen Erzeugung vorlag, haben die Briten, wie erwähnt, sofort nach der politischen Schwenkung Italiens ihren Einfluß auf die jugoslawische Erzeugung zu erhöhen versucht. Verband sich jedoch kein solches Interesse der britischen Unternehmung wie hier mit den Absichten der britischen Politik, so kam eine Erweiterung der Warenbewegung nicht zustande.

Noch bis in das Kriegsstadium der „Wirtschaftsoffensive“ setzte sich der privatkapitalistische Standpunkt vor dem nationalpolitischen durch. Eines der besten Beispiele dafür ist der Skandal um die politischen Tabakgroßkäufe in Bulgarien und Griechenland, die — obgleich seit 1938 von den diplomatischen Missionen und handelspolitischen Kreisen gefordert — infolge des Widerstandes der am amerikanischen Tabakanbau beteiligten *Imperial Tobacco Co.* und der vier anderen britischen Zigarettenkonzerne mit Bulgarien nie, mit Griechenland nur in geringfügiger Menge zustande kamen. Die fünf Firmen lehnten auch öffentlich die Käufe im Südosten mit der Begründung ab, daß sie riesige Summen in der Werbung für den Genuß von Virginiatabaken investiert hätten und ihnen daher eine Umstellung nicht zumutbar sei. Der britischen Wirtschaft und dem Empirehandel ist die nationalwirtschaftliche Notwendigkeit der Südost-„Offensive“ offenbar gar nicht bewußt geworden. Noch im April 1940 glaubte die *Financial Times* vor einer übertriebenen Betätigung der *United Kingdom Commercial Corporation Ltd.* wegen der dem Empirehandel daraus unter Umständen erwachsenden dauernden Nachteile warnen zu müssen.

Diesem Gemisch von interessenpolitischen Umtrieben und finanz- und handelspolitischen Bestrebungen auf britischer Seite begegnete auf der Seite der Südostländer ein eindeutiger handelspolitischer Wille, der mit den Vorteilen des bilateralen Handelsverkehrs mit Verrechnungsländern wie Deutschland die Vorzüge des Freidevisenerwerbs im Verkehr mit Ländern wie Großbritannien zu verbinden suchte. Im Gegenseitigkeitsverkehr mit Deutschland gelang es den Südostländern, für ihre Ausfuhrüberschüsse Preise zu

erzielen, die weit über den Weltmarktpreisen lagen und ihnen die erwünschte Stärkung ihrer Binnenmärkte brachten. Gleichzeitig unterstützte Deutschland durch die Abnahme von Waren, deren Produktion qualitativ und quantitativ noch entwicklungsfähig war, und durch die Ermutigung zur Intensivierung und Vermannigfachung der landwirtschaftlichen Erzeugung (Industriepflanzen usw.) die weitere Lösung von der einseitigen Weltmarktabhängigkeit für einige Massenartikel. Da der Südosten durch diese enge Bindung an Deutschland allmählich in den Genuß aller derjenigen Vorteile gelangte, die der wesentliche Inhalt seines wirtschaftspolitischen Programms gewesen waren, da andererseits im Verrechnungsverkehr mit Deutschland den Südostländern keine frei verfügbaren Devisen zur Bestreitung ihrer übrigen internationalen Verpflichtungen anfielen, beschränkte sich das handelspolitische Interesse der Südostländer am Handel mit Großbritannien darauf, durch die Ausfuhr nach Großbritannien Pfunddevisen zu erwerben, die gerade *nicht* zur Einfuhr britischer Waren verwendet werden sollten. Da Großbritannien bis zur Einführung der verschärften Devisenbewirtschaftung am 8. Juni 1940 auch nicht darauf bestand, daß die Südostländer britische Waren abnahmen, richtete sich deren handels- und devisenpolitische Zielsetzung unweigerlich gegen die Erhöhung der britischen Ausfuhr nach Südosteuropa. Tatsächlich haben die Südostländer ihre Devisenpolitik in den letzten Jahren systematisch darauf abgestellt, ihre Ausfuhr nach Nichtverrechnungsländern wie Großbritannien zu erhöhen, ihre Einfuhr von dort zu drosseln und im Außenhandel mit Verrechnungsländern umgekehrt zu verfahren. Nach Kriegsausbruch verschärfte sich der Drang der Südostländer nach Pfunddevisen, insbesondere auch, weil die Überseerohstoffe sich verknappten und im Preise stiegen. Seit dem Frühjahr 1940 aber gingen die südosteuropäischen Ausfuhrfirmen auf Anweisung ihrer Regierungen angesichts des Kursverfalls des freien englischen Pfundes zur Dollarfakturierung über. Gleichzeitig lösten die südosteuropäischen Notenbanken ihre — mit Ausnahme Griechenlands allerdings nie sehr eng gewesene — Bindung an das Pfund, und seit der Abschneidung des Mittelmeerraums dürften die Umsätze in englischen Pfunden, da die Pfunddevisen güterwirtschaftlich nur noch sehr beschränkt verwertbar ist, in den Südostländern noch stärker zurückgegangen sein.

Während der britischen „Wirtschaftsoffensive“ haben im Südosten zwei verschiedene wirtschaftliche und politische Gesinnungen gegeneinander gekämpft. Dabei hat sich die deutsche Idee der nationalwirtschaftlichen Sicherung auf der Grundlage sorgfältiger Abstimmung der gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen gegen die Politik eines Staates durchgesetzt, der selbst noch im Streit mit der Bereicherungsidee seiner nach liberal-kapitalistischen Grundsätzen handelnden Unternehmung lag.

Anschrift des Herausgebers: Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstr. 6; Fernruf: 318071. — Verlag: Hansensche Verlagsanstalt, Hamburg 36, Ausgabe; Verlagsleiter: Benno Ziegler. — Versandort: Berlin. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Wilhelm Bauer, Berlin. — Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) RM 30.— bzw. (bei vierteljährlicher Zahlung) RM 7.75 je Vierteljahr; Einzelnummer RM 1.—. — Gedruckt in der Märkischen Druckanstalt W. Hentschel K.-G., Berlin N 65

— Diese Nummer umfaßt vierzehn Textseiten und zwei Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Einheit	Vorjahr								Gegenwart							
		10.-15. Juli 1939	17.-22. Juli 1939	24.-29. Juli 1939	31. Juli bis 5. Aug. 1939	7.-12. August 1939	14.-19. August 1939	21.-26. August 1939	28. Aug. bis 2. Sept. 1939	8.-13. Juli 1940	15.-20. Juli 1940	22.-27. Juli 1940	29. Juli bis 3. Aug. 1940	5.-10. August 1940	12.-17. August 1940	19.-24. August 1940	26.-31. August 1940
		28	29	30	31	32	33	34	35	28	29	30	31	32	33	34	35
Geschäftsgang (Indexziffer)																	
Deutschland ¹⁾	1936=100	124,6	124,3	124,2	124,3	124,7	124,4										
Großbritannien ²⁾		107,0	106,5	106,6	106,0	106,1	105,0	104,7									
Ver. Staaten von Amerika ³⁾		91,9	91,3	92,1	92,0	92,2	92,4	93,2	95,0	101,2							
Produktion, arbeitstäglich																	
Steinkohle im Ruhrrevier	1 000 t	418,6	422,5	421,6	430,4	437,4	438,4										
— in Deutsch-Oberschlesien		95,0	92,9	94,8	92,2	94,2	92,2	88,1									
Kokserzeugung im Ruhrrevier		91,5	91,1	91,4	91,2	92,1	91,4										
Stettkohle, Großbritannien ⁴⁾		756,7	685,4	733,8	737,6	488,6	759,3										
Verkehr, arbeitstäglich																	
Wagenstellung der Reichsbahn ⁵⁾	1 000	169,1	166,7	165,3	162,8	164,1	163,9	139,8									
Reichsbank																	
Kapitalanlagen	Mill. RM	9271	9126		9711	9422	9662	9439	11640		12713	12454	13163	13092	12987	12623	
darunter:																	
Wechsel- und Lombarkredite		8074	7918		8407	8213	8416	8162	10331		12122	11875	12642	12590	12506	12152	
Deckungsfähige Wertpapiere		924	925		925	919	958	988	1013		135	123	114	98	65	51	
Depositen (täglich fällige Verbindlichkeiten)		1036	1108		1294	1086	1105	1195	1480		1609	1808	1620	1650	1661	1642	
Zahlungverkehr																	
Geldumlauf	Mill. RM	10518	10394		11229	11032	10914	10908	18223		12275	12015	12750	12520	12325	12107	
davon Reichsbanknoten		8334	8228		8989	8799	8705	8710	10607		2415	2735	2772	2565	2574	2496	
Postcheckverkehr ⁶⁾		2276	1935	2198	2044	2152	2103	1874	1787	2735	2415	2735	2772	2565	2574	2496	
Postcheckguthaben (Bestände) ⁷⁾		971	981	992	1088	996	962	1014	969	1541	1645	1755	1546	1547	1579	1724	
Zinssätze																	
Blankotagesgeld	% p. a.	2,69	2,58	2,60	2,69	2,44	2,42	2,40	2,77	1,63	1,63	1,70	2,00	1,75	1,77	1,58	
Rendite der 4 1/2%-Pfandbriefe		4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,46	4,46	4,46	4,46	4,46	4,46	4,46	
Call money New York		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	
Privatdiskont London		0,81	0,78	0,73	0,70	0,66	0,71	2,39	3,92	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	
Zürich		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	
Amsterdam		0,57	0,50	0,49	0,50	0,50	0,50	1,20	3,02								
Effektenmarkt																	
Festverz. 4 1/2%-Wertpapiere																	
Kursniveau, gesamt ⁸⁾	v. H.	98,96	98,95	98,96	98,95	98,95	98,95	98,95	98,94	100,83	100,84	100,84	100,85	100,88	100,91	100,92	
— Pfandbriefe		99,14	99,14	99,14	99,14	99,14	99,14	99,14	99,14	100,96	100,96	100,96	100,97	101,00	101,00	101,00	
— Kommunal-Obligationen		98,75	98,74	98,73	98,72	98,72	98,71	98,69	98,68	100,39	100,43	100,43	100,44	100,45	100,48	100,50	
— Öffentliche Anleihen ⁹⁾		98,30	98,25	98,27	98,27	98,25	98,28	98,29	98,20	100,79	100,81	100,85	100,89	100,94	101,13	101,20	
5% Industrie-Obligationen		99,56	99,41	99,20	99,04	98,85	98,75	98,58	97,30	103,77	103,92	103,97	103,86	103,83	103,77	103,61	
Aktienindex, gesamt	1924/26 = 100	99,9	99,9	100,7	101,2	101,2	101,0	102,3	103,0	122,8	123,2	123,1	123,2	124,2	126,3	127,4	
— Bergbau und Schwerindustrie		103,5	103,6	104,1	104,2	103,8	103,5	105,2	107,3	127,2	128,3	127,9	127,3	127,9	129,7	130,8	
— Verarbeitende Industrie		95,7	95,8	96,7	97,4	97,7	97,5	98,9	99,1	118,5	118,7	118,8	119,1	120,0	122,2	123,4	
— Handel und Verkehr		103,8	103,6	104,5	105,2	104,9	104,7	105,8	105,8	126,2	126,3	126,2	126,8	128,2	130,3	131,3	
Aktienindex, Großbritannien ¹⁰⁾	1926=100	97,2	98,8	101,5	100,2	99,4	98,5	93,1	96,6	72,0	70,2	75,8	75,2	74,9	77,4		
— Ver. Staaten von Amerika ¹¹⁾		35,7	38,8	39,9	40,0	37,4	36,3	31,6	34,3	76,0	76,8						
Devisenkurse in Berlin																	
New York	RM je \$	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,4930	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	
London	RM je £	11,67	11,67	11,67	11,67	11,67	11,67	11,56	10,77	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	
Paris	RM je 100fr	6,61	6,61	6,61	6,61	6,61	6,61	6,56	6,15	5,61	5,61	5,61	5,61	5,61	5,61	5,61	
Warenpreise																	
Indexziffern																	
Beagle Waren ¹²⁾	1913=100	77,9	77,8	77,8	78,0	78,7	78,7	78,8	78,8								
Großhandelspreise (gesamt)		106,9	107,1	107,2	107,4	107,4	107,3	107,2	107,2	*110,7	*110,7	*110,7					
Agrarstoffe		108,5	108,9	109,1	109,6	109,4	109,2	109,0	108,8	*112,3	*112,3	*112,3					
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren		94,6	94,6	94,6	94,8	94,9	94,9	94,9	94,9	* 98,3	* 98,3	* 98,3					
Fertigwaren		125,8	125,9	126,0	126,1	126,1	126,2	126,1	126,1	*130,0	*130,0	*130,0					
darunter: Produktionsgüter		112,8	112,8	112,8	112,8	112,8	112,8	112,8	112,8	*112,9	*112,9	*112,9					
Verbrauchsgüter		135,6	135,8	136,0	136,2	136,2	136,3	136,2	136,2	*142,9	*142,9	*142,9					
Großhandelsindex																	
Ver. St. v. Amerika (Fisher)	1926=100	78,7	78,5	78,6	78,6	78,1	77,8	78,1	78,4	82,5							
Großbritannien ¹³⁾	1913=100	100,9	100,5	100,9	100,6	100,6	100,9	101,0	102,2								
Großhandelspreise																	
Boggen, märk., trof Berlin	je 1000 kg	181,0	181,0	181,0	183,0	183,0	183,0	183,0	183,0								
Binder, Lebendgewicht, Berlin	je 50 kg	43,8	43,8	43,8	44,8	44,8	44,8	44,8	44,8								
Rindshäute, süddam. ¹⁴⁾ , Hamburg	je 1/2 kg	0,31	0,31	0,31	0,31	0,31	0,31	0,31	0,31								
Maschinengußbruch, Düsseldorf ¹⁵⁾	je t	52,0	52,0	52,6	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0								
Rohstoffpreise an den Weltmärkten¹⁶⁾																	
Rohstoffpreise, gesamt ¹⁷⁾	1929=100	59,5	59,1	58,8	59,3	59,0	58,7	59,1	59,9	64,6	64,2	63,8	63,4	62,8	62,0	61,5	
9 Nahrungsmittel ¹⁸⁾		58,1	57,3	56,7	57,6	57,3	56,9	58,2	59,7	55,7	55,9	55,6	55,4	55,3	54,4	53,9	
6 landw. erzeugte Rohstoffe ¹⁹⁾		59,8	59,6	59,4	59,4	58,5	58,3	57,7	57,5	73,4	72,3	72,4	71,6	70,5	69,5	69,0	
5 industr. erzeugte Rohstoffe ²⁰⁾		62,9	62,8	63,0	63,6	63,8	63,9	63,6	63,7	68,9	67,9	67,8	67,7	67,2	67,0	67,0	
Weizen, Winnipeg	cts je bush.	54,4	53,1	51,3	53,0	52,2	51,6	57,8	60,3	71,4	71,4	71,4	72,5	73,6	73,6	73,6	
Kaffee, New York, Sant. IV loko	cents je lb	7,25	7,25	7,25	7,38	7,38	7,38	7,38	7,38	7,13	7,13	7,13	7,06	6,94	6,88	6,88	
Zucker, New York, Zentrifugal,																	
erstn. Monat		1,97	1,94	1,97	1,94	1,87	1,88	1,93	2,12	1,72	1,71	1,74	1,73	1,74	1,68	1,67	
Mais, Buenos Aires, erstn. Monat	Pay. Pes. je 100 kg	6,06	5,65	5,58	5,86	5,85	5,85	6,11	5,94	4,43	4,50	4,38	4,27	4,35	4,42	4,36	
Bois, Burma, Job Bangon	and je cwt	5-9 1/4	5-9 1/4	5-9	5-9 1/4	5-11 1/4	5-11 1/4										
Baumwolle, New York, am. middl.	cents je lb	9,88	9,42	9,63	9,68	9,43	9,31	9,19	8,92	10,54	10,43	10,23	10,19	10,02	9,78	9,72	
Wolle, Kreuzzug 50, Bradford loko	d je lb	19,50	19,50	19,50	19,50	19,25	19,25	19,65	19,75								
Seide, New York, Jap. 19/14 Dernier	cents je lb	250	266	273	258	249	260	257	245								
Kautschuk, New York, sheets, loko		16,47	16,72	16,59	16,59	16,59	16,67	16,72	17,75	20,62	21,50	21,94	20,19	19,69	19,44	19,53	
Kupfer, New York, electrolyt, f.a.s.	cents je lb	10,10	10,05	10,10	10,29	10,34	10,35	10,18	10,25	10,50	10,19	10,06	9,95	9,90	9,90	9,90	
Blei, New York, loko		4,85	4,85	4,85	5,00	5,05	5,05	5,05	5,05	5,00	5,00</						

1) A = Monatsanfang, D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme, VS = Vierteljahrssumme. — 2) Nach Ermittl. d. Stat. Reichsamts. — 3) Nach dem Reichszentralen. — 4) Nach den Zählkarten der Amtsgerichte; Zahl der eröffneten und der mangels Masse abgelehnten Verfahren. — 5) Einschl. Reichsschatzwechsel. — 6) Einschl. Porenlagen. — 7) Steuern, Zölle, Abgaben. — 8) Einschl. Kommunalbanken; nach der Monatsstatistik der deutschen Spar- und Girokassen. — 9) „Sonstige flüssigbar.“ — 10) Ohne Sacheinlagen und Fusionen. — 11) Neue Reihe; ohne Ablösungsschuldverschreibungen und Osthilfe-Entschuldungsbriefe. — 12) Neue Reihe; ohne Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden. — 13) Ohne Agrarschuldungspapiere und Gemeindefremdschuldungsbilanzationen. — 14) Einschl. Deckungsschreibungen gemäß Gemeindefremdschuldungsgesetz. — 15) Debitzinsen einschl. Kreditprovision. — 16) Satz des Zentralen Kreditausschusses. — 17) Kreditzinsen für täglich fälliges Geld in provisionstreier Rechnung. — 18) Satz der Seehandlung. — 19) Rendite der an der Berliner Börse gehandelten Papiere. — 20) Ohne Reichsanleihen sowie ohne Industrieobligationen. — 21) Ohne Reichsanleihen. — 22) Durchschnittliche tarifliche Sätze der höchsten tarifmäßigen Altersstufe. — 23) Männliche und weibliche Facharbeiter, Angestellte und Hilfsarbeiter. — 24) Maschinengutbruch, Schrott, Messingblechabfälle, Blei, Solinittholz, Wolle, Hanf, Flachs, Ochsenhäute, Kalbfelle. — 25) Rohstoffe und Fertigerzeugnisse zusammen. — 26) Berechnung des I. f. K. — 27) Seit Juni Vierteljahrssumme. — 28) Einschließlich Bodenkreditinstitute der Ostmark. — 29) Neue Berechnung der amtlichen Statistik; als Emissionen der Bodenkreditinstitute werden nicht mehr wie bisher die Bruttoverkäufe, sondern die Umlaufveränderungen (Unterschied zw. Verkauf u. Blockkauf bzw. Tilgung) eingesetzt. Seit 1899 einschl. Ostmark. — 30) Seit 9. April. — 31) Seit 1. Mai.

